



## Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

Berlin  
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041  
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis  
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen  
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186  
beate.mueller-gemmeke.wko1@bundestag.de

Berlin, 5. Dezember 2019

### Pressemitteilung

#### Den Beschäftigten geht die Puste aus

Zur heutigen Vorstellung des BKK-Gesundheitsreports zum Thema „Psychische Gesundheit und Arbeit“ erklären **Beate Müller-Gemmeke**, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik, und **Maria Klein-Schmeink**, Sprecherin für Gesundheitspolitik:

Psychische Erkrankungen nehmen in der Arbeitswelt immer stärker zu. Fast jeder sechste Fehltag wird inzwischen durch sie ausgelöst. Den Beschäftigten geht immer mehr die Puste aus. Denn psychische Belastungen am Arbeitsplatz können nicht losgelöst von den Arbeitsbelastungen und Arbeitszeiten gesehen werden. Die Bundesregierung muss deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die eine gesunde Lebensweise und Zeiten des Miteinanders ermöglichen und Arbeitsprozesse entschleunigen. Dazu gehören eine alters- und altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze und eine weitergehende Enttabuisierung psychischer Erkrankungen, in allen Branchen und allen Lebensbereichen.

Neu ist diese Erkenntnis aber nicht. Wenn Schwarz-Rot darüber aber immer nur redet, dann ist das zu wenig. Handeln ist angesagt, denn es geht immerhin um die Gesundheit der Beschäftigten. Bundesminister Heil muss endlich etwas gegen psychische Belastungen tun. Das Arbeitsschutzgesetz muss mit einer Verordnung konkretisiert werden, damit Arbeitgeber und Betriebs- und Personalräte ein Werkzeug an die Hand bekommen, um gemeinsam geeignete Lösungen gegen jede Form von Stress zu entwickeln. Zudem muss endlich Schluss sein mit prekären und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Die Beschäftigten brauchen soziale Sicherheit und Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen.

Gleichzeitig sind es nicht nur Erwerbstätige, die aufgrund psychischer Erkrankungen ausfallen, auch unter Langzeitarbeitslosen ist die Anzahl an Arbeitsunfähigkeits-tagen besonders hoch. Für die meisten Menschen ist Arbeit ein wichtiger und sinnstiftender Teil ihres Lebens. Bei Verlust des Arbeitsplatzes braucht es deshalb gezielte gesundheitsbezogene Unterstützung und eine Beratung auf Augenhöhe. Das System ist bisher allerdings nicht dafür ausgelegt, psychisch erkrankten Menschen die Hilfe anzubieten, die sie benötigen. Ganz im Gegenteil, Versäumnisse werden im System des Arbeitslosengeldes II mit Sanktionierung finanziell noch bestraft - dies sorgt für zusätzliche Belastungen.

Die Bundesregierung muss deshalb endlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen im SGB II entsprechend reformieren. Es braucht positive und passgenaue Hilfen zum Erhalt oder zur Wiedergewinnung von Erwerbstätigkeit, eine respektvolle und wertschätzende Beratung sowie einen stärkeren Fokus auf gesundheitsbezogene Maßnahmen, wie Prävention, Früherkennung und Versorgung von psychischen Erkrankungen bis hin zur begleiteten Wiedereingliederung. Um das zu erreichen, muss Bundesarbeitsminister Heil vor allem die gesetzlichen Rahmenbedingungen im SGB II so reformieren, dass sie eine Beratung und Begleitung auf Augenhöhe ermöglichen.